

Rede von Willy Brandt über Skandinavien und Europa (Kiel, 18. Juni 1967)

Legende: Am 18. Juni 1967 betont Willy Brandt, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland (BRD), wie wichtig der Beitritt der skandinavischen Länder zu den Europäischen Gemeinschaften für ein geeintes Europa ist.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 21.06.1967, Nr. 65. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Skandinavien und Europa", p. 553-554.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_skandinavien_und_europa_kiel_18_juni_1967-de-8edb3d5f-6e09-4b21-94ae-e607d7cdd5bb.html

Publication date: 03/07/2013

Skandinavien und Europa : Rede zur Eröffnung der Kieler Woche am 18. Juni 1967

Zur Eröffnung der Kieler Woche 1967 nehme ich gern das Wort. Das Leitwort für diese Tage „Skandinavien und Europa“ liegt mir sehr am Herzen.

Nicht nur als gebürtiger Lübecker bin ich dem Norden, seinen Menschen, ihren gesellschaftlichen und politischen Institutionen eng verbunden. Die Erfahrungen, die ich in den Jahren nach 1933 in Skandinavien gemacht habe, möchte ich auf keinen Fall missen. Schleswig-Holstein, und damit seine Landeshauptstadt, hat eine Brückenfunktion zwischen Nord und Süd. Je näher Mittel- und Nordeuropa politisch und wirtschaftlich zusammenrücken, um so wichtiger wird dies für die Bedeutung dieses nördlichsten Bundeslandes. Dies ist der geeignete Ort und ein guter Anlaß, um über den geistigen, politischen und wirtschaftlichen Austausch zwischen Mitteleuropa und Nordeuropa zu sprechen.

Zu den glanzvollen Ereignissen der Kieler Woche gehören die Regatten, Flottenbesuche und diplomatischen Empfänge. Manches andere ist dem schon hinzugefügt worden. Ich begrüße die Pläne, die Kieler Woche noch weiter zu entwickeln zu einer Stätte der Begegnung, an der die Kunst, die Wissenschaft und die Wirtschaft noch stärker zu Wort kommen sollen. Vor allem sollte die Jugend hier einen Stamplatz erhalten. Europa kann von uns Älteren zwar vorbereitet werden; gelebt werden muß es von denen, die heute noch vor der eigenen Verantwortung stehen.

Wenn wir hier, wenige Meter vom Kieler Hafen entfernt, über die verbindende und belebende Funktion der Binnenmeere große Worte machen wollen, so hieße das, Bier nach München zu rollen. Wir alle wissen, in welchem Maße die Ostsee im Verlauf der Geschichte - nicht nur zur Zeit der Hanse - ihre Anliegerstaaten miteinander verbunden hat. Heute werden zwischenstaatliche Beziehungen längst nicht mehr nur von geographischen Vor- und Nachteilen bestimmt. Aber abgesehen von den technischen und verkehrsmäßigen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts: Unsere Idee von Europa schließt selbstverständlich die Länder ein, die an dieses europäische Binnenmeer grenzen.

Europa nimmt seine Kraft aus der Vielfalt der Einflüsse und Elemente seiner Völker und Staaten. Europa würde auf halbem Wege stecken bleiben, wenn die skandinavischen, die nordischen Länder, die in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, in ihrer kulturellen Entfaltung und in ihrer gelebten Demokratie an der Spitze der europäischen Entwicklung stehen, ausgeklammert bleiben oder ausgeklammert würden. Europa endet nicht bei Flensburg, so wenig wie es an der Elbe endet. Zu Europa gehören Kopenhagen, Oslo und Reykjavik, Stockholm und Helsinki. Europa wäre ärmer ohne seinen Norden. Europa braucht die freiheitlichen, schöpferischen Reserven seiner skandinavischen Glieder. Der Norden hat eine große Aufgabe in Europa.

Da ich von der Ostsee als europäischem Binnenmeer gesprochen habe, darf ich Danzig ebenso wenig vergessen wie Leningrad. Wenn ich von den europäischen Hauptstädten spreche, vergesse ich weder Bukarest noch Budapest oder Belgrad, weder Prag, Warschau oder Sofia. Wir stehen am Beginn eines widerspruchsvollen Prozesses, der West und Ost in Europa wieder zusammenführen wird. Schon heute gibt es eine Vielzahl bilateraler Beziehungen, die vor wenigen Jahren nicht für wahrscheinlich gehalten worden wären. Trotzdem stellt sich uns die Aufgabe der Organisation Europas zunächst im Westen. Und in diesem Sinne gehört der Norden zum Westen.

Konkret geht es darum, daß und wie nicht nur Großbritannien, sondern auch die skandinavischen Staaten ihren Platz einnehmen können in der Europäischen Gemeinschaft. Die Bundesregierung hat keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie eine solche Ausweitung wünscht und zu ihrem Zustandekommen nach Kräften beitragen möchte.

Wir müssen allerdings nüchtern sehen: Trotz der vielseitigen Beziehungen zwischen Mittel- und Nordeuropa gibt es noch eine gewisse psychologische Reserve zwischen diesen Regionen. Die europäische Mitte hat sich mehr nach Westen, Süden und Osten als nach Norden orientiert. Die Blicke des europäischen Norden gingen mehr in westliche und östliche Richtung als nach Süden. Manches ist nachzuholen, um das gegenseitige Verständnis zu fördern und gemeinsame Interessen zu erkennen. Das Skandinavienbild der

Mitteleuropäer ist in mancher Hinsicht unvollständig. Aber auch das Bild, das sich viele skandinavische Freunde von Mitteleuropa machen, könnte in manchem vollständiger sein. Dabei wird häufig übersehen, daß relativ jungen Datums ist, was manche für geschichtlich verankert halten. Die starken geistigen und kulturellen Bindungen zwischen Skandinavien und Deutschland sind durch die Entwicklung nach 1933 hart angeschlagen worden, und der zweite Weltkrieg hat nicht nur in Norwegen und Dänemark dem deutschen Namen Schande zugefügt. Vieles wurde verschüttet, aber Gott sei Dank nicht völlig zerstört.

Aus der Situation der 50er Jahre war und bleibt es verständlich, daß der Impuls zu einem europäischen Zusammenschluß vor allem von Frankreich und Deutschland ausging. Durch eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit wollten diese beiden Länder ein für alle Mal die Wiederholung verderblicher Konflikte unmöglich machen. Bei allen Vorbehalten, die es gegen diese einseitige Orientierung der deutschen Außenpolitik gegeben hat: Das Ziel der deutsch-französischen Aussöhnung wurde erreicht, und damit ist unwiderruflich ein neuer Grundtatbestand in Europa geschaffen.

Die sechs an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beteiligten Länder sind von Anfang an davon ausgegangen, daß diese Gemeinschaft anderen europäischen Staaten zur Mitarbeit und zum Beitritt offen stehen muß. Im Artikel 237 des EWG-Vertrages heißt es unzweideutig: Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden." Daran gibt es nichts zu deuteln, allerdings auch nicht daran, daß die Mitgliedstaaten einig sein müssen, ihr Haus zu öffnen und auszubauen.

Die Mitgliedstaaten der EWG sollten auch zu einer engen politischen Zusammenarbeit bereit sein. Auf die Dauer kann wirtschaftliche sowieso nicht von politischer Zusammenarbeit getrennt werden. Man braucht nur zu denken, was es bedeutet, wenn der Außenhandel in seinen grundsätzlichen Elementen vereinheitlicht wird. Wenn auch - oder gerade weil - die politische Integration zurückgestellt wurde, so darf doch die politische Kooperation nicht vernachlässigt werden.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland strebt ein organisiertes Europa an, das größer ist, als das Gebiet der EWG. Sie hat nicht die Absicht, beitrittswillige Staaten auszuschließen oder ihnen den Beitritt unnötig schwer zu machen. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist so weit gefestigt, daß sie nur unter großen Störungen des wirtschaftlichen Lebens der Mitgliedsländer zerstört werden kann. Jetzt richtet sich unsere Aufmerksamkeit auf die Partner, die mithelfen können und wollen, das Werk der europäischen Zusammenarbeit und Einigung weiterzuführen.

Aus meinen persönlichen, freundschaftlichen Beziehungen zu Skandinavien habe ich nie ein Hehl gemacht. Ich wüßte auch nicht, weshalb ich verleugnen sollte, was Skandinavien und die Skandinavier mir bedeutet haben und weiterhin bedeuten. Das ist aber nicht der Grund, weshalb ich mich dafür einsetze, die EWG nicht nur nach Großbritannien, sondern auch nach dem Norden hin auszuweiten. Es sind objektive Gründe, die dafür sprechen, die Zusammenarbeit mit Skandinavien zu stärken:

Der erste Grund ist unser gemeinsames Interesse an einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung. Sie ist das erste Ziel der heutigen deutschen Außenpolitik, und hier treffen wir uns mit den Skandinaviern.

Die Völker in Ost und West beginnen zu begreifen, daß Friede, Sicherheit und Wohlstand nur durch Überwindung der bestehenden Gegensätze und durch vertrauensvolle Zusammenarbeit erreicht werden können. Sie müssen, und werden, auch verstehen, daß die Entspannung - wenn sie ihr Ziel erreichen soll - nicht am geteilten Deutschland vorbeiführen kann. Ein friedliches und geregeltes Nebeneinander in Europa muß ein friedliches und geregeltes Nebeneinander in Deutschland einschließen. Die Bundesregierung hat ihre Politik darauf ausgerichtet.

Leider haben noch nicht alle Regierungen dieser Welt Friedenssicherung und Entspannung zu ihrer Richtschnur gemacht. Die Ereignisse im Nahen Osten haben gezeigt, wie wenig Europa bedeutete, als es um einen blutigen Konflikt unmittelbar vor seinen Toren ging. Und Europa wird, wie es jetzt aussieht, kein gewichtiger Faktor sein bei der so dringend erforderlichen, dauerhaften Friedensregelung. Machen wir uns nichts vor: Als Gesamtheit hat Europa in der Nahost-Krise versagt. Um so brennender wird die Frage: Was kann Europa beitragen, um den Frieden sicherer zu machen? In Nahost und anderswo.

Mancherorts wird leider an der Aufrichtigkeit der neuen Bundesregierung gezweifelt. Es werden ihr Motive unterstellt, die sie nicht hat. Unsere Freunde wissen, daß die heutige deutsche Politik nicht im Zeichen des Anti steht. Sie ist nicht gegen die Sowjetunion, nicht gegen Polen, auch nicht gegen Ostberlin. Sie steht im Zeichen des Pro. Sie ist für Entspannung, für eine europäische Friedensordnung, für die friedliche Regelung auch der deutschen Fragen.

Durch die guten Beziehungen der nordischen Staaten zu Osteuropa wurden wichtige Vorarbeiten für die europäische Kooperation geleistet. Ich möchte unseren skandinavischen Freunden heute von hier aus dafür danken, daß sie in vielen offiziellen und inoffiziellen Gesprächen die Bundesrepublik Deutschland vor ungerechtfertigten Angriffen in Schutz genommen und, wo es notwendig war, die Dinge zurechtgerückt haben. Das erleichtert der neuen Bundesregierung manches. Wir wissen, wieviel die Unterstützung anderer Staaten, gerade die der skandinavischen, in Zukunft für uns bedeuten wird.

Ich möchte einen zweiten Grund für die Notwendigkeit verstärkter Zusammenarbeit nennen: Die Entwicklung in unserem Jahrhundert drängt zu größeren Einheiten, nicht zuletzt aus den Erfordernissen der modernen Wissenschaft und Technologie. In der modernen Großforschung sind so bedeutende investitionsmittel erforderlich, daß sie von keinem der europäischen Staaten mehr allein aufgebracht werden können. Der Zusammenschluß Europas liegt auch insofern in der Logik unserer Zeit.

Die Bundesrepublik Deutschland möchte zu beiderseitigem Nutzen die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit mit den skandinavischen Staaten ausbauen. Wir möchten dadurch und darüber hinaus die europäische Zusammenarbeit auf diesen Gebieten vorantreiben.

Drittens will ich sagen: Die wissenschaftliche Vernunft spricht dafür, daß der Graben zwischen uns und den jetzigen EFTA-Ländern beseitigt wird. Die Bundesrepublik Deutschland ist bekanntlich Schweden gegenüber das größte Liefer- und Abnehmerland, im Verhältnis zu Dänemark größter Lieferant und zweitgrößter Kunde. Im Handelsaustausch mit Norwegen steht die Bundesrepublik an zweiter bzw. an dritter Stelle. Gegenüber Finnland sind wir das größte Lieferland und das drittgrößte Abnehmerland. Für Island sind wir der drittgrößte Handelspartner. Unsere Wirtschaft hat ein Interesse daran, daß sich diese Positionen nicht verschlechtern, sondern daß sie solide ausgebaut werden.

Die Bundesregierung begrüßt den Erfolg der Kennedy-Runde daher nicht zuletzt aus diesem Grunde. Aber wir müssen weiter gehen. Wenn eine Vollmitgliedschaft des einen oder anderen Landes in der EWG noch nicht möglich ist, so müssen wir in gemeinsamer Arbeit einen Status anstreben, der einer Vollmitgliedschaft so nah wie möglich kommt. Das scheint mir viel besser, als die Haltung des „alles oder nichts“.

Die nordeuropäischen Länder haben eine starke Tradition internationaler Zusammenarbeit. Mit großen Namen waren und sind sie an den Werken und Werten des Friedens beteiligt. Ihre moralischen und materiellen Energien werden für eine neue, gesamteuropäische Entwicklung von größter Bedeutung sein.

Trotz der Ereignisse im zweiten Weltkrieg haben die skandinavischen Länder nach 1945 den Weg der sachlichen Zusammenarbeit und des zurückgewonnenen Vertrauens eingeschlagen. Dafür sind wir ihnen dankbar. Auch für viel Hilfe und Verständnis in schweren Jahren.

Das neue, gute Verhältnis hat sich im Alltagsleben der Völker bewährt. Diese Veranstaltung in Kiel ist dafür ein Beweis. Ein anderer ist die Art und Weise, wie das Minderheitenproblem südlich und nördlich der deutsch-dänischen Grenze gelöst worden ist. Beide Länder haben sich darauf geeinigt, daß sie die Minderheiten bei der Erhaltung ihrer eigenständigen Kultur unterstützen werden. Wenn unser Freund, der Ministerpräsident Jens Otto Krag, sagt, die deutsch-dänischen Beziehungen seien noch nie so unproblematisch gewesen wie heute, so stimmt uns das froh.

Ich füge hinzu: Das Verhältnis Deutschlands zu Skandinavien, zum Norden hat sich gut entwickelt. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland wird sich mit allem persönlichen Einfluß dafür einsetzen, daß es noch besser wird. Deshalb fahre ich im Anschluß an diese Veranstaltung zu kurzen Arbeitsbesuchen

nach Kopenhagen, Helsinki, Stockholm, Reykjavik und Oslo. Ich freue mich auf diese Reise. — Die Zeit, in der wir leben, ist voller Spannungen. Ein gerechter und dauerhafter Friede ist noch nicht in Sicht. Um so wichtiger ist es, daß sich die Völker zusammenfinden, die dazu bereit und fähig sind. Was das deutsche Volk angeht, so hat es aus der Vergangenheit gelernt. — Dieser Veranstaltung wünsche ich einen vollen Erfolg. Ich bin sicher, daß die Kieler Woche 1967 einen Beitrag zur Zusammenarbeit und Verständigung leisten wird. Wir müssen alle mithelfen, daß es weiter voran geht.